

Ver.di-Bundeskongress: Wichtige Debatten und Beschlüsse

Vom 17. bis 24. September fand in den Leipziger Messehallen der 3. ordentliche Bundeskongress von ver.di statt. Über 900 Delegierte hatten die vergangenen vier Jahre von ver.di zu bilanzieren, den neuen Bundesvorstand und Gewerkschaftsrat zu wählen sowie über 1300 Anträge zu beraten. Große Kontroversen und Eklats sind dabei weitgehend ausgeblieben. Linke Anträge lösten zwar teilweise lebhaft Debatten aus, wurden jedoch zumeist verwässert oder abgelehnt. Neben den Themen Mindestlohn, Bundeswehreinätze und Vergesellschaftung der Schlüsselbranchen ging es dabei beispielsweise um das Recht auf politischen Streik und die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung.

Problemlose Vorstandswahlen

Sämtliche Bundesvorstandsposten wurden ohne Gegenkandidaten und mit zumeist überzeugenden Mehrheiten besetzt. Alles andere hätte auch komplexe Folgen gehabt. Denn wegen der „Matrix“-Struktur der aus ÖTV, HBV, DPG, DAG und IG Medien hervorgegangenen Dienstleistungsgewerkschaft müssen bei der Besetzung der Leitungsgremien eine Vielzahl Kriterien beachtet werden: vor allem die Repräsentation der 13 Fachbereiche und der Landesbezirke, aber auch zum Beispiel die Einhaltung der Frauenquote. Letzteres hatte 2007 eine große Rolle gespielt, war heuer aber kein Problem. 9 der 14 Mitglieder des neuen Bundesvorstands sind weiblich. Das beste Ergebnis erzielte erwartungsgemäß der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske, der mit 94,7% einen noch etwas größeren Stimmenanteil erhielt als vor vier Jahren. Das mit 59,1 Prozent mit Abstand schlechteste Resultat entfiel wie schon beim letzten Kongress auf das ehemalige Mitglied der Hartz-Kommission, Isolde Kunkel-Weber.



Zwischen Anpassung und Widerstand

Ver.di eilt von Sieg zu Sieg. Diesen Eindruck konnte jedenfalls bekommen, wer den Geschäftsberichten der Spitzenfunktionäre zuhörte. Wortreich lobte Bsirske die Erfolge durch Kampagnen, in Tarifrunden und betrieblichen Konflikten. Kritische Punkte sparte er weitgehend aus. Lediglich die weiterhin sinkenden Mitgliedszahlen und seinen gescheiterten Vorstoß zur „Tarifeinheit“ konnte der Gewerkschaftschef nicht gänzlich ignorieren. Bei der Debatte zum Rechenschaftsbericht wurde Letzteres allerdings überraschenderweise von keinem Delegierten auch nur erwähnt.

Noch stärker als andere Gewerkschaften sehe sich ver.di Arbeitgeberattacken gegen tarifliche Standards ausgesetzt. „Betriebliche Aushandlungsmechanismen funktionieren häufig nicht mehr so, wie wir es lange gewohnt waren“, stellte Bsirske fest. Exemplarisch hierfür sei das Vorgehen

der Unternehmer in der Druckindustrie, die in der diesjährigen Tarifrunde eine „Unterwerfung unter ihr Tarifikat“ verlangt hätten, damit aber gescheitert seien. „Die Sozialpartnerschaft ist brüchig geworden“, so das Fazit des Gewerkschaftschefs, das allerdings in Widerspruch zu seinen Ausführungen über das Agieren in der Wirtschaftskrise stand. Hier habe ver.di durch betriebsbezogene Vereinbarungen dazu beigetragen, die Folgen des Einbruchs abzumildern. „Insgesamt hat sich in der Krise das Zusammenwirken von Politik, Unternehmensführungen, Gewerkschaften und Betriebsräten ebenso bewährt wie das System der deutschen Mitbestimmung.“ „Keine Gewerkschaft in der Bundesrepublik hat in den letzten Jahren so viele Streiks geführt wie ver.di. Das zeigt, dass es uns nicht an Bereitschaft mangelt, Konflikte einzugehen, wenn sie uns aufgezwungen werden.“ Ebenfalls radikal gab sich Bsirske in seinen Äußerungen zur Wirtschaftskrise. Bis heute seien deren Verursacher nicht zur Rechenschaft gezogen worden. Die Ankündigungen von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und anderen Politikern zur Regulierung der Finanzmärkte seien leere Worte geblieben. Stattdessen wetteten die Hauptverursacher der Krise – Hedgefonds, Ratingagenturen und Finanzinvestoren – nun auf die Pleite ihrer Retter. „Erst retten die Staaten Banken und Wirtschaft vor dem Zusammenbruch, anschließend dürfen dieselben Staaten verzweifelt um das Vertrauen der Banken und Märkte werben. Und dann bestimmen die geretteten Banken auch noch den Preis, zu dem sich Staaten frisches Geld leihen können“. Das komme einem „politischen Triumph der Finanzmärkte über die Politik“ gleich.

Rettungsring aus Blei

Bsirske geißelte auch den Umgang mit den vom Bankrott bedrohten Ländern Europas. Diesen werde „ein Rettungsring aus Blei“ zugeworfen. Die mit den Hilfspaketen verbundene Bestrafung der Schuldnerstaaten beinhalte Renten Kürzungen, Arbeitsplatzabbau und Lohnsenkungen im öffentlichen Dienst, die Erhöhung der Mehrwertsteuer und umfassende Privatisierungsprogramme. „Die ökonomischen Folgen dieser Politik sind fatal“, stellte Bsirske fest. „Wer in der Krise die Löhne und Staatsausgaben kürzt, erntet eine schrumpfende Wirtschaft, steigende Arbeitslosigkeit, sinkende Steuereinnahmen und somit zwangsläufig mehr Schulden.“ Statt eines solchen Teufelskreises fordere ver.di einen „Marshallplan für den Süden, mit Investitionen in den sozialökologischen Umbau, die die Arbeitslosigkeit bekämpfen und Wachstumsperspektiven eröffnen“. „Den spanischen, italienischen und

portugiesischen Gewerkschaften, die gegen diese Politik Generalstreiks organisiert haben“, versicherte Bsirske die Solidarität von ver.di. Hierzulande gelte es, den Binnenmarkt zu stärken. Das sei als Beitrag zur Stabilisierung der Euro-Zone unverzichtbar. Von ähnlichen Kampfmaßnahmen wie in Südeuropa sagte Bsirske in diesem Zusammenhang allerdings nichts.

Dabei ist die Radikalität des zum zweiten Mal wiedergewählten ver.di-Chefs eine relative. Zwar geißelt er wortreich „den entfesselten Kapitalismus“, wirbt in seinen Positionen aber für den Versuch der Zähmung, nicht der Abschaffung dieses Wirtschaftssystems. Er schreckt vor Konsequenzen aus seiner Analyse zurück, was sich auch auf die Beschlussfassungen auswirkte.

Tür für Arbeitszeitverkürzung öffnen

Über 40 Anträge gab es rund um das Thema Arbeitszeitverkürzung. Die Vorlage des Gewerkschaftsrates, des leitenden Gremiums zwischen den Bundeskongressen, sprach sich lediglich „gegen die Entgrenzung von Arbeitszeit und ausufernde Flexibilitätsanforderungen der Arbeitgeber“ aus und forderte mehr Zeitsouveränität für die Beschäftigten, benannte aber kein konkretes Ziel zur Arbeitszeitverkürzung. Bsirske gab sich in der Frage der Arbeitszeitreduzierung gleichfalls eher gemäßigt. Zwar wäre kollektive Arbeitszeitverkürzung, „am Besten bei vollem Lohnausgleich“, richtig, erklärte er als Reaktion auf entsprechende Forderungen. Zunächst müssten jedoch die tatsächlichen an die tariflichen Arbeitszeiten angeglichen werden. Einem entsprechenden Kampf erteilte er eine Absage. „Arbeitszeitverkürzung auf die Tagesordnung zu setzen, dazu sind wir tarifpolitisch aktuell so gut wie nicht in der Lage.“

Bei den Delegierten herrschte in der Frage der Arbeitszeitverkürzung oberflächlich betrachtet große Einigkeit. Der Kongress sprach sich dafür aus, den Trend zur Verlängerung der Arbeitszeiten zu stoppen und stattdessen „die Tür für Arbeits-



verkürzung zu öffnen“. Innerhalb von ver.di soll eine intensive Diskussion zum Thema begonnen werden. Sämtliche Anträge, die die Festlegung auf ein konkretes Ziel erreichen wollten – die Vorschläge variierten zwischen 35 und 24 Wochenstunden –, wurden allerdings lediglich „als Arbeitsmaterial“ verabschiedet. Die Gewerkschaft müsse „eine breite Kampagne fahren, wie das bei der letzten Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche auch passiert ist“, forderte ein Delegierter. „Dafür brauchen wir ein konkretes Ziel, mit dem wir rausgehen.“ Ein anderer Delegierter meinte hierzu, die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung müsse mit der nach vollem Personalausgleich verbunden werden. Die Gewerkschaft brauche „schnellstmöglich eine Gegenstrategie“ gegen die fortgesetzten Versuche der Unternehmen, die Arbeitszeiten zu verlängern.

Mindestlohn – schneller Anstieg auf 10 Euro

Umstritten war auch die Höhe des geforderten gesetzlichen Mindestlohns. Während der Leitantrag einen Stundenlohn von 8,50 Euro als aktuelles Ziel vorgab, forderten andere Anträge Beträge zwischen zehn und zwölf Euro, weil nur damit Armut verhindert wird. Bei einem Stundenlohn von 8,50 Euro kommt man monatlich auf lediglich rund 1400 Euro, bei einem solchen Stundenlohn ist Altersarmut unausweichlich.

Bsirske betonte, man habe sich im DGB auf 8,50 Euro geeinigt. „Die Einheit des DGB“ sei bei der Durchsetzung der Forderung eine wichtige Größe. Letztlich einigten sich die Kongressteilnehmer auf den Kompromiss, die Forderung zunächst bei 8,50 Euro zu belassen, aber „für den schnellen Anstieg auf zehn Euro“ einzutreten.



Legalisierung von politischen Streiks

Für den Antrag, „innerhalb von einem Jahr nach dem Bundeskongress 2011 ein Konzept für die Umsetzung von allumfassenden Streikmaßnahmen nach den Vorgaben der Europäischen Sozialcharta zu erstellen“, empfahl die Kommission ursprünglich Annahme. Der Antrag fordert die Aufnahme des Rechts auf politischen Streik sowohl ins Grundgesetz als auch in die ver.di-Satzung. In der Begründung heißt es: „Zusammengefasst kann es daher nur eine Lösung geben: Der politische Streik, der Generalstreik, muss als Mittel der politischen Auseinandersetzung in diesem Land legalisiert werden.“ Nach längerer Diskussion unterstützten die Delegierten den Vorschlag der Antragskommission, die Entschließung lediglich als Arbeitsmaterial an den Bundesvorstand weiterzuleiten.

Kontroverse Debatte über

Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien

Ebenfalls verwässert wurde ein Antrag, der sich für die Forderung nach einer Vergesellschaftung der Schlüsselbranchen aussprach. Diesen hatte die Antragsberatskommission zunächst zur Annahme empfohlen, dann aber eine abgeschwächte Version unterstützt, in der es hieß, ver.di strebe die Ausweitung der Mitbestimmung und eine umfassende Wirtschaftsdemokratie an. „Sollte es zur Erreichung dieser Ziele erforderlich sein, setzt sich ver.di auf der Grundlage des Grundgesetzes auch für die Vergesellschaftung von Unternehmen und ihre Überführung in Gemeineigentum ein.“ Bsirske wandte sich gegen den ursprünglichen Antrag mit dem Argument, es müsse noch diskutiert werden, was unter Vergesellschaftung zu verstehen ist. Dafür solle der Gewerkschaftsrat eine Arbeitsgruppe einsetzen. Ein Delegierter hielt dem entgegen, gerade die Erfahrungen mit der Privatisierung von Post und Telekom machten die Notwendigkeit öffentlichen Eigentums deutlich. „Vergesellschaftete Unternehmen haben eine andere Aufgabe, als lediglich Profite zu maximieren“, so ein Aktivist der ver.di-Linken. „Ich möchte, dass wir als Teil der Gesellschaft Einfluss darauf nehmen können, was wirtschaftlich passiert.“ Ein anderer Delegierter erklärte, die Krise habe gezeigt, „dass wir einen Casinokapitalismus haben, der Geld zu Spielgeld macht und ganze Staaten in den Ruin führt“. Man müsse kein Marxist sein, „um zu erkennen, dass wir zu einer anderen Form der Eigentumsverhältnisse kommen müssen“. Ein anderer Redner argumentierte, mit der Forderung nach Vergesellschaftung werde eine „grundsätzliche Alternative“ zur Logik des Neoliberalismus formuliert. Er verwies darauf, dass die Möglichkeit der Vergesellschaftung sowohl im Grundgesetz als auch in der Satzung der IG Metall enthalten sei. Letztlich stimmte ein gutes Drittel der Delegierten für den ursprünglichen Antrag, die Mehrheit für die zitierte Kompromissformulierung.

Kongress schließt Bundeswehreinmätsätze im Ausland unter UN-Mandat nicht aus

Eine der heftiger geführten Kontroversen drehte sich um die Frage von Bundeswehreinmätsätzen im Ausland. Hier hatte sich bereits im Vorfeld ein Konflikt zwischen der ver.di-Fachgruppe Bundeswehr und friedenspolitisch aktiven Teilen der Gewerkschaft abgezeichnet. Ein ursprünglicher Antrag lehnte die Kriegsbeteiligungen der Bundeswehr grundsätzlich ab. Dagegen intervenierte Bsirske mit dem Hinweis, die Organisation der Soldaten und Zivilbeschäftigten der Bundeswehr sei Aufgabe von ver.di. Es sei falsch, sich „fundamentalistisch aus der Verantwortung, aus der Gemeinschaft der Nationen herauszuziehen und die Organisation der Soldaten und der Zivilbeschäftigten anschließend anderen zu überlassen“. Eine Delegierte konterte, die Organisation von Bundeswehrbeschäftigten habe nichts mit der grundsätzlichen Frage der Kriegsführung zu tun. Die Gewerkschaften hätten von Anfang an in der Tradition der Antikriegsbewegung gestanden. „Auch UNO-Mandate sind im Endeffekt Kriegsmandate“, so die Delegierte. Die Gewerkschaft verliere nach innen und außen an Glaubwürdigkeit, wenn sie diese nun akzeptiere. In dem Beschluss heißt es zwar, dass ver.di Krieg als Mittel der Politik ablehne und sich für eine Beschränkung der Bundeswehr auf die Landesverteidigung einsetze. Dennoch werden militärische Interventionen nicht ausgeschlossen. In dem Text heißt es: „Auslandseinsätze sind vom Parlament zu beschließen und auf humanitäre Blauhelmeinsätze im Rahmen der UNO-Charta zu begrenzen“. Eine klare Niederlage für diejenigen, die sich prinzipiell gegen Einsätze der Bundeswehr in aller Welt aussprechen. Die Nichtablehnung der Bundeswehr- Auslandseinsätze, kommt de facto ihrer Befürwortung gleich und ist damit eine Unterordnung unter die entscheidenden Grundpfeiler der imperialistischen Strategie.

IG Metall Gewerkschaftstag: Reden, Beschlüsse, Debatten, Fazit und Ausblick

Der 22. Ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall fand vom 9. bis 14-Oktobler in Karlsruhe statt. Der Kongress stand unter dem Motto „Kurswechsel - gemeinsam für ein gutes Leben“. Es wurden die politischen Schwerpunkte für die nächsten vier Jahre der mit rund 2,2 Millionen Mitgliedern weltweit größten Einzelgewerkschaft gesetzt. Knapp 500 Delegierte stimmten über ebenso viele Anträge ab. Neben der aktuellen politischen Lage standen Dauerbrenner wie Rente, Leiharbeit und Arbeitszeit auf der Tagesordnung.

Vorstands-Thesen mit 5 Schwerpunktthemen

Der IG-Metall-Vorstand selbst plädierte in seinen „Thesen“ dafür, fünf Schwerpunkte zu setzen. Erstens müsse die Gewerkschaft ihren politischen Einfluss ausbauen und ihre „konstruktive Mitarbeit bei der Bewältigung der Herausforderungen anbieten“. Zweitens gelte es, die Verankerung im Unternehmen zu festigen. Betriebliche Interessenvertreter seien gefordert, „offensive Betriebspolitik zu betreiben, die immer stärker die Sicherung von Arbeitsplätzen, eigene Konzepte zur Innovationsförderung und die langfristige Standortsicherung zum Gegenstand“ hat. Eine Abkehr vom Komanagement ist also nicht in Sicht. Neben einer Stärkung der tarifpolitischen Durchsetzungsmacht gehe es viertens um die Modernisierung der Organisationsstrukturen, wozu auch die Verringerung der Zahl geschäftsführender Vorstandsmitglieder von 7 auf 5 zählt, die der Karlsruher Gewerkschaftstag beschließen sollte. Doch dies kam anders.

Fazit und Ausblick

Viele Anträge hatten gute Ansätze, um die Politik von verdi in die richtige Richtung zu bringen. Doch oft wurden sie verwässert, abgelehnt oder sind als Material an den Vorstand verabschiedet worden. Das ist eine verpasste Chance. Die Inkonsequenz bei politischen Themen wie z.B. bei Eigentumsfrage und Auslandseinsätzen setzt sich auch bei bescheidenen rein ökonomischen Forderungen wie Mindestlohn und Arbeitszeitverkürzung fort und bedeutet letztendlich eine Unterordnung unter die Interessen des Kapitals. Positiv bleibt festzuhalten, dass Bsirske sich eindeutig zu politischen Streiks positionierte und das Recht auf zivilen Ungehorsam gegen Naziaufmärsche durch Blockaden betonte. Wirkliche Höhepunkte des Kongresses waren die Grußworte der internationalen Gäste. Ob es die sehr kämpferischen Grußworte von Philip Jennings, dem Generalsekretär des internationalen Dachverbandes der Dienstleistungsgewerkschaften, UNI, waren oder die sehr nahe gehenden Berichte der kolumbianischen Gewerkschafterin Maria Klara Baquero über die Verfolgung der GewerkschafterInnen in ihrem Land. Der Kongress dankte Allen für ihre Beiträge mit minutenlangem stehendem Applaus. Das zeigt, dass den Delegierten internationale Solidarität ein sehr wichtiges Anliegen ist. Doch viele heiße Eisen, wie die Matrixstruktur, die Politisierung der Arbeit, die Organisation deregulierter Bereiche, die gleichmäßige Entwicklung von Mobilisierungsfähigkeit und Durchsetzungskraft wurden nicht debattiert. Die Zersplitterung in weitgehend eigenständig agierende Fachbereiche bedeutet, dass sich politische Debatten und Schwerpunktsetzungen nur selten in der praktischen Betriebs- und Tarifarbeit der Organisation niederschlagen. Doch diese zentralen Probleme bedürfen Lösungen, wenn die Gewerkschaft durchsetzungsfähiger werden und den neuen gesellschaftlichen Herausforderungen etwas entgegensetzen will.

Arbeitsausschuss der Gewerkschaftslinken



Delegierte vereiteln Plan zur Verkleinerung des Vorstands

Nach einer harten Debatte lehnten die Delegierten die Verkleinerung des Vorstandes von 7 auf 5 Mitglieder ab. Da es sich um eine Satzungsänderung handelte, war eine Zweidrittelmehrheit vonnöten, 9 Stimmen fehlten. Die geplante Verkleinerung des Vorstandes war ein Teil des „Projekts 2009“, einem Programm zur Neustrukturierung der IG Metall, das im Vorfeld des Gewerkschaftstages bereits für Streit gesorgt hatte. In der Debatte hatten Gewerkschafter vor einer starken Zentralisierung und Vereinheitlichung der Organisation gewarnt. Ihre Argumente: „Die Vielfalt der Aufgaben muss auch im geschäftsführenden Vorstand abgebildet werden“ und „Unsere Aufgaben sind nicht weniger, deren Lösung nicht leichter geworden. Warum sollten wir die Verantwortung dafür auf weniger Vorstandsmitglieder verteilen?“ Nach dieser symbolischen, aber kurzen Rebellion gingen die Vorstandswahlen reibungslos über die Bühne. Der

Erste Vorsitzende Berthold Huber erzielte 96,2 %, Kassierer Bertin Eichler gar 97,9 % der Stimmen. Lediglich Vize Detlef Wetzel bekam mit 83,8 % einen kleinen Dämpfer für seine treibende Rolle bei der umstrittenen Organisationsreform. Bei geheimer Abstimmung sahen offenbar viele die Chance, ihrem Unmut Ausdruck zu verleihen – und erschrakten gleich ein wenig vor der eigenen Courage. Hubers gutes Wahlergebnis ist, so paradox es klingt, auch Folge seiner wenige Stunden zuvor eingefahrenen Niederlage. Über die tatsächliche Unterstützung für den obersten Metaller sagt das nicht unbedingt etwas aus.

Krisenbewältigung auf unserem Rücken

Gleich zu Beginn der bereits im Dezember vergangenen Jahres verabschiedeten „Themen und Thesen“ lobt sich der IG-Metall-Vorstand für seine „konstruktive“ Rolle bei der Krisenbewältigung. „Unter maßgeblicher Beteiligung der IG Metall und tausender Betriebsräte und Vertrauensleute ist es gelungen, den vorhergesagten Einbruch am Arbeitsmarkt, den dauerhaften Verlust an industrieller Substanz sowie soziale Verwerfungen in großem Umfang zu verhindern“, steht in dem Papier, das die zentralen, beim Kongress zur Debatte stehenden Aufgaben umreißen soll. Die Krisenabfederung müsse als Erfolg der IG Metall gewürdigt werden. Zwar heißt es in dem Text weiter, das soziale, politische und kulturelle Fundament von Gesellschaft und Wirtschaft sei brüchig geworden, ein Kurswechsel daher nötig. Doch damit ist keineswegs die Überwindung kapitalistischer Verhältnisse gemeint, wie die Autoren sogleich klarstellen: „Es geht um klare Regeln und einen verbindlichen Rahmen, um Markt und Wettbewerb zu zähmen und auf Ziele auszurichten, die dieser Gesellschaft wichtig sind.“ Es müsse „eine neue Balance zwischen den Interessen der Eigentümer und den gleichrangigen Interessen der Beschäftigten“ geschaffen werden. Insbesondere das Agieren der IG Metall in der Wirtschaftskrise sei sehr erfolgreich gewesen, so der Tenor der Beiträge. Mit ihrem Einsatz für die Verlängerung der Kurzarbeit, die „Umweltprämie“ für Altagautos sowie mit „passgenauen“ betrieblichen Vereinbarungen habe die Gewerkschaft entscheidenden Anteil an der Sicherung Hunderttausender Arbeitsplätze gehabt, erklärte IGM-Chef Huber. „Die Welt sprach vom ‚German Beschäftigungswunder‘. Die mit den genannten Vereinbarungen einhergehenden drastischen Lohnverluste erwähnte Huber allerdings ebenso wenig wie den Abbau Zehntausender Leiharbeitsstellen und befristeter Jobs.

Selbst der eher im linken Gewerkschaftsspektrum angesiedelte Hans-Jürgen Urban nannte die Betriebsräte mit reichlich Pathos „die stillen Helden der Krise“. Das gleichfalls zur Widerwahl antretende Vorstandsmitglied gab allerdings zu, dass die abhängig Beschäftigten „täglich für die Krise zahlen: Mit Lohninbußen und Arbeitsverdichtung – oder mit Arbeitsplatzverlusten und Sozialkürzungen“.

Debatte um Arbeitszeit und -verkürzungen beschlossen, Zielmarke fehlt

Der Leitantrag stellt fest, dass die „Arbeitszeitrealitäten im Organisationsbereich der IG Metall sehr unterschiedlich“ sind. Sie reichen von Schichtarbeit bis zu unregulierter Projektarbeit, von Teilzeit bis zu verlängerten Arbeitszeiten. Daraus ergäben sich „differenzierte Anforderungen“ an die Betriebs- und Tarifpolitik der IG Metall. Dennoch müsse die Gewerkschaft versuchen, „gemeinsame Interessenlagen der Beschäftigten zu identifizieren und an diese anzuknüpfen“. Es geht dabei u.a. um das Ziel, den Einfluss der Beschäftigten auf ihre Arbeitszeitverteilung zu

erhöhen. Durch mehr Autonomie könne Arbeit und Privatleben eine neue Balance gegeben werden. Das diene ebenso der Erhaltung der Gesundheit wie die Förderung guter Arbeitsbedingungen. Ohnehin sehen die Verantwortlichen in der IG Metall-Vorstandsverwaltung einen Zusammenhang zwischen der Zunahme des Leistungsdrucks und der Entgrenzung und Deregulierung der Arbeitszeiten. Beides soll in der neuen Debatte thematisiert werden.

Bei seinem Referat hatte sich Huber auf die Forderung konzentriert, geleistete Arbeitsstunden dürften nicht verfallen. „Arbeit zum Nulltarif – das darf es nicht geben, das ist eine Enteignung der Beschäftigten“. „Geleistete Arbeitszeiten müssten allesamt erfasst und durch Freizeit oder Geld abgegolten werden. Zur Länge der Arbeitszeiten sagte der Vorsitzende allerdings nichts. Darauf angesprochen, erklärte er gegenüber der Presse, die 35-Stunden-Woche stehe weiterhin im Zentrum. „Aber es muss Schwankungsmöglichkeiten nach oben und unten geben“. Insbesondere „Beschäftigte außerhalb der unmittelbaren Produktion“ müssten zum Beispiel bei familiären Bedürfnissen kürzer, bei Projekten aber auch länger arbeiten können. Dieser Punkt sei indes „heftigst umstritten“, räumte Huber ein.

Aus etlichen ostdeutschen Verwaltungsstellen gab es Anträge, dass die 35-Stundenwoche zur Regelarbeitszeit wird und dass die Debatte um Arbeitszeitverkürzungen neu aufgerollt wird. Betont wird in den beschlossenen Anträgen, dass dabei „vom Grundsatz Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich“ auszugehen sei. Anders als im Stahlbereich und in der westdeutschen Metallindustrie ist die 35-Stunden-Woche in der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie bislang nicht per Tarifvertrag festgeschrieben. Auch aus westdeutschen Verwaltungsstellen und vom Frauenausschuss gab es Anträge, die die Arbeitszeitdebatte und -verkürzungen wieder neu aufrollen wollen.

Delegierte formulierten dies so: „In dieser Entschließung muss doch klar und deutlich sein, dass wir endlich wieder den Mut haben, die Arbeitszeitverkürzungsdebatte im Osten auf das Tablett zu heben, zu diskutieren und uns darauf vorzubereiten, um das tariflich durchzusetzen“ oder wir „brauchen auch eine verstärkte Diskussion über die Arbeitszeit unterhalb der 35-Stunden-Grenze, und zwar mit einer hohen Arbeitszeitsouveränität der Kolleginnen und Kollegen.“

Beschlossen wurde eine neue Arbeitszeitinitiative, die „nicht vor einer Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit haltmacht bzw. die „Entwicklung eines Modells der kurzen Vollzeit“.

Für die EU-Arbeitszeitrichtlinie wurde gefordert, „die Höchstarbeitszeiten pro Woche in einem ersten Schritt von derzeit 48 Stunden auf 40 Stunden pro Woche zu begrenzen und die Ausnahmeregelungen in der derzeit gültigen EU-Arbeitszeitrichtlinie abzuschaffen.“ Dies wäre für das deutsche Arbeitszeitgesetz auch schon ein Fortschritt

Diese Beschlüsse sind gut, um wieder in die Debatte um Arbeitszeitverkürzung einzusteigen, setzt aber zu sehr auf individuelle Lösungsansätze. Was fehlt ist eine gemeinsame Zielmarke. Es gilt, die 30-Stundenwoche in diese Debatte zu tragen.



Flexibler Übergang zur Rente – weiterhin Ablehnung Rente mit 67

Die IG Metall lehnt eine „starre“ Rente mit 67 weiterhin strikt ab. Einen entsprechenden Antrag wurde verabschiedet. Danach spricht sich die Gewerkschaft für einen abschlagsfreien Rentenzugang nach 45 Beitragsjahren sowie für die abschlagsfreie Rente mit 60 bei 40 Beitragsjahren aus. Darüber hinaus sollten Beschäftigte freiwillig weiter arbeiten können. Dazu kommen konkrete Forderungen nach einer neuen, öffentlich geförderten Altersteilzeit sowie einem verbesserten Zugang zur Erwerbsminderungsrente.

Bei der Aussprache zum Geschäftsbericht hatten Delegierte kritisiert, dass die Kampagne für die Rückkehr zur alten Regelung, also Rente mit 65, nicht weitergeführt würde, sondern unter- bzw. abgebrochen wurde. Ein einstimmig beschlossener Antrag fordert den Vorstand auf, „weiter gegen die Rente ab 67 vorzugehen.“ Es wurde in der Debatte mehrmals betont, dass vom Gewerkschaftstag ein klares, deutliches Signal gegen die Rente mit 67 ausgehen muss.

Eine generelle Verkürzung des Renteneintrittsalters unabhängig von den Beitragsjahren oder Streik- und andere Kampfmaßnahmen gegen Rente mit 67 wurden nicht beschlossen. Dies ist ein deutlicher Rückfall hinter die bisherige Beschlusslage und eine Anpassung an die von dieser schon bisher abweichenden Praxis der IG- Metall und DGB- Führung.



Kampf gegen die Leiharbeit soll verschärft werden

Den mit Abstand größten Block bildet die Leiharbeit mit insgesamt 39 Anträgen.

Die Entwertung von Arbeit zeigt sich für die Gewerkschaften im Niedriglohnsektor mit rund sieben Millionen Arbeitnehmern. Für Huber sind diese zumeist ungeschützten Beschäftigungsverhältnisse ein „tiefer Bruch in unserer Arbeitskultur“ mit weitreichenden Folgen: Das Solidarsystem der Arbeitsgesellschaft werde beschädigt und am Ende „unser demokratisches Gemeinwesen“. Die unter der rot-grünen Regierung begonnene Deregulierung des Arbeitsmarktes habe nicht die Arbeitslosigkeit verringert, sondern „den Zusammenhang von Arbeit, Wohlstand und sozialer Sicherheit zerstört“, klagt das SPD-Mitglied Huber. „Der Kampf gegen Prekarisierung und für sichere Arbeitsplätze“, bleibe eine zentrale Aufgabe der größten deutschen Gewerkschaft.

Die IG Metall wird sich künftig noch stärker gegen Leiharbeit einsetzen und möchte gemeinsam mit dem DGB eine Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes erreichen. Konkrete Ziele sind unter anderem die Gleichbezahlung und Gleichbehandlung von LeiharbeiterInnen, die Beschränkung der Überlassung auf maximal drei Monate und die volle Mitbestimmung der Betriebsräte in den Entleihbetrieben in Sachen Leiharbeit. Überdies sollen die Anstrengungen für Tarifverträge in Leiharbeitsunternehmen intensiviert werden. Damit wird die Forderung nach generellem Verbot der Leiharbeit schon aus der Zielsetzung der IG Metall getilgt. Das dürfte entsprechende Handlungsorientierungen seitens der Führung ausschließen. Die Formulierung „Verhinderung, Begrenzung und soziale Regulierung“ dürfte der Interpretation weite Spielräume eröffnen. Auch eine

Verbetrieblichung der Leiharbeitsproblematik wird, aller bisherigen Erfahrung nach, kaum zur Lösung der Probleme führen.



Auf Kritik sind die DGB-Leiharbeitsvertrag gestoßen. So meinte ein Delegierter: „Ich finde es irrwitzig und halte es deshalb für unmöglich, weiter mit diesen Tarifverträgen so zu verfahren, die eigentlich dazu führen, dass Gewerkschaftsmitglieder unter Umständen schlechter bezahlt werden als Unorganisierte. Das geht nicht.“

Eine Delegierte forderte bereits bei der Aussprache zu den Geschäftsberichten das Verbot der Leiharbeit: „Die Leiharbeitskampagne ist super, ist wichtig, ist bei den Menschen angekommen, aber es fehlt mir das eigentliche Ziel. Was sollte dieses Ziel eigentlich sein, konsequent und ohne Wenn und Aber? Erstens. Das Verbot von moderner Tagelöhner- und Sklavenarbeit, also das Verbot von Leiharbeit. Zweitens. Die Abschaffung von staatlich alimentierten Niedriglöhnen, die einzig der Profitmaximierung der Unternehmer dienen. Drittens. Löhne, auch Mindestlöhne, die zum Leben reichen.“

Auch auf der Frauenkonferenz im Februar wurde beschlossen, „die Abschaffung prekärer Beschäftigungsverhältnisse“ zu erreichen. Diesen Antrag 6 „Abschaffung prekärer Beschäftigungsverhältnisse“, obwohl er sich an den Vorstand der IGM richtet, sucht man bei den Anträgen an den Gewerkschaftstag allerdings vergeblich.

Deutliche Worte von Delegierten, deutliche Forderungen in vielen Anträgen – leider finden sich diese weitergehenden Ziele nicht in den Entschlüssen.

Streikrecht

Es gab etliche Anträge zum Streikrecht mit Forderungen nach einem umfassenden, uneingeschränkten Streikrecht, einschließlich des politischen Streiks und des Generalstreiks. In die Entschlüsselung 1 wurden diese Anträge zusammengefasst unter der Forderung nach „umfassenden Streikrechts gemäß der EU Sozialcharta Artikel 6 und der ILO Übereinkommen 87 und 98 (Vereinigungsfreiheit und Recht zu Kollektivverhandlungen).

Im Antrag 1.019 heißt es dazu: „Der politische Streik ist mit der Sozialcharta auch nicht gewährleistet. Schlimmer noch, die Einschränkung des Absatzes 4 „vorbehaltlich etwaiger Verpflichtungen aus geltenden Gesamtarbeitsverträgen“ schränkt selbst das wirtschaftliche Streikrecht noch ein. ...Deshalb muss die Forderung nach einem „vollständigen, allseitigen und gesetzlichen Streikrecht“ Bestandteil der Forderungen der IG Metall werden.“

Auch diese klare Forderung findet sich in der Entschlüsselung 1 nicht wieder.

Karlsruher Erklärung und Initiativantrag 1.102

Europa sei „Geisel von Banken und anderen Finanzmarktakteuren“, heißt es in dem als „Karlsruher Erklärung“ verabschiedeten Text. Die Politik reagiere hilflos, zögerlich und verschreckt. Als Ursachen der Krise benennt er neben dem Wirtschaftseinbruch von 2008/2009 die Deregulierung der Finanzmärkte, die Umverteilung der Einkommen „von den Leistungsträgern der Gesellschaft hin zu den Vermögenden und Reichen“ sowie die Tatsache, dass mit

dem Euro zwar ein einheitlicher Währungsraum, aber keine gemeinsame Finanz- und Wirtschaftsregierung geschaffen wurde. Das geht an der Realität vorbei, in der „die Politik“ eben nicht zögerlich, sondern mit brutalem Eifer die Umverteilung von unten nach oben betreibt und gerade den Großbanken ein dreistelliges Milliardenpaket nach dem anderen zuschanzt. Die Forderung nach einer Finanz- und Wirtschaftsregierung läuft auf die Forderung nach kapitalhöriger Bürokratenmacht, Demokratieabbau und Bankendiktat nach innen und neokolonialistischer Bevormundung anderer Länder, wie z.B. Griechenland, Italien, Spanien, Portugal, Irland usw. hinaus. Insofern versteckt sich hinter wortradikaler Kritik an den Finanzmarktakteuren eine Politik zu deren Stärkung und gegen mögliche Widerstände.

Deutliche Kritik äußert die IG Metall an der aktuellen Sparpolitik, die „die Probleme nicht lösen, sondern weiter verschärfen wird“. Die abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen – insbesondere junge Menschen – seien die Leidtragenden, während „die Verursacher und Nutznießer der Krise geschont“ würden.

In der „Karlsruher Erklärung“ wird allerdings betont, dass verbale Unterstützung allein nicht ausreicht: „Die abhängig Beschäftigten erwarten von der stärksten Einzelgewerkschaft nicht allein Solidaritätserklärungen“. Die wirkungsvollste praktische Unterstützung der südeuropäischen Kollegen liege darin, hierzulande prekäre und schlecht bezahlte Beschäftigung zurückzudrängen. Daher werde die IG Metall die unbefristete Übernahme von Auszubildenden sowie „die Verhinderung, Begrenzung und soziale Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen“ in kommenden Tarifaueinandersetzungen zum Thema machen. Von der Politik fordert die Gewerkschaft einen „sofortigen Kurswechsel hin zu einem demokratischen, ökologischen und sozialen Europa“.

Die Erklärung fordert den Europäischen Gewerkschafts- und Metallgewerkschaftsbund auf, „eine Aktionsplattform der europäischen Gewerkschaften zu erarbeiten, um mit einer möglichst einheitlichen und machtvollen Stimme die Interessen der Beschäftigten in die politischen Entscheidungsprozesse Europas einzubringen“.

Diese Aufforderung ist von zentraler Bedeutung, da damit ein Zeichen der Solidarität an die Völker Europas gesendet wurde.

Auch der Initiativantrag 1.102 hat diese Intention und wurde einstimmig beschlossen. Die Botschaft in den letzten beiden Sätzen heißt: „Wir überbringen den US-

amerikanischen Bürgern, die unter dem Motto ‚occupy Wallstreet‘ für einen Kurswechsel zu einem Guten Leben demonstrieren, unsere solidarischen Grüße. Euer Kampf ist auch unser Kampf! Die weltweite Solidarität von Millionen Menschen kann die Macht der Finanzmärkte und Millionäre brechen.“

Fazit und Ausblick

Wichtig an diesen 2 Initiativanträgen ist, dass wir diese Solidarität nicht nur zu Papier bringen, sondern auch praktisch leben. Eine Aktionsplattform muss sich verbinden mit der Bewegung der Empörten weltweit und sich gegen das kapitalistische System richten, denn dieses ist verantwortlich für die Missstände.

Die Verandelung von Politik und IG Metall-Vorstand kam sowohl in den Reden von Huber, als auch von Bundespräsident Wulff und Bundeskanzlerin Merkel stark zum Ausdruck, z. B. im gegenseitigen Lob und bei Merkels Dank für die gewerkschaftliche Krisenpolitik. Die Rücksichtnahme auf Befindlichkeiten der Politik fand seine Zuspitzung, als der Jugend verboten wurde, ihre Aktion zur Übernahme aller Azubis bei Merkels Auftritt durchzuführen. Sie hatte die Aktion abgelehnt und Hausherr Huber hat sich gebeugt.

Dass die Zustimmung zur schwarz-gelben Politik von den Delegierten nicht vorbehaltlos mitgetragen wird, kam u.a. durch die vielen Missfallensäußerungen bei Merkels Rede beim Punkt Rente mit 67 zum Ausdruck.

Das alte Konzept der Sozialpartnerschaft, das Huber so beschwört, hilft uns nicht weiter, sondern hält die Gewerkschaften vom Kämpfen ab.

Hans-Jürgen Urbans Aufforderung in seinem Rechenschaftsbericht gilt es umzusetzen:

„Ein Gesellschafts-Modell,

- das weltweit die Existenz von Millionen gefährdet, um die Vermögen von Millionären zu mehren;

- und das Arbeit und Natur ausbeutet, statt mit den ungeheuren Produktivkräften der Menschen Wohlfahrt und Nachhaltigkeit zu fördern,

ein solches Modell kann, ja es darf nicht das letzte Wort der Geschichte sein.

Und sollte die Geschichte das vergessen haben, dann ist es die Aufgabe einer selbstbewussten Arbeiterbewegung, sie tatkräftig daran zu erinnern.

Auch dafür will ich gemeinsam mit Euch weiterarbeiten!“

Arbeitsausschuss der Gewerkschaftslinken



Weitere Infos gibt es hier:

www.labournet.de:

> Diskussion > Gewerkschaftsstrategien > real

> IGM > IGMgewtag2011

> Diskussion > Gewerkschaft > Ver.di

> 3. Bundeskongress

www.igmetall.de (Gewerkschaftstag)

www.verdi.de (Bundeskongress)

Impressum:

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der

Gewerkschaftslinken

Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Christa Hourani –

Christiaan Boissevain

Tel: 06182/782306

E-Mail: HKroha@t-online.de

Redaktionsschluss: 20. November 2011

Informationen über das Netzwerk der Gewerkschaftslinken

Am 15./16. April 1999 trafen sich in Oberursel/Frankfurt ca. 140 GewerkschafterInnen aus der ganzen Bundesrepublik zur Gründung der „Initiative zur Vernetzung linker GewerkschafterInnen“. Was etwas holprig daher kam, war nicht mehr und nicht weniger als ein längerfristig angelegtes Projekt mit dem Ziel, linker Gewerkschaftspolitik größere Geltung zu verschaffen. Vorausgegangen war eine ca. einjährige Debatte in verschiedenen regionalen Diskussionszusammenhängen und in den Zeitschriften „Sozialismus“ und „express“, die die InitiatorInnen ermutigte, das erste bundesweite Treffen zu organisieren.

Ausgangspunkt für diese Initiative war die Einschätzung, dass die Gewerkschaften in einer tiefen politischen Krise sind und sie keine kämpferische Politik im Interesse der Lohnabhängigen machen.

Die Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken möchte eine bundesweite ernstzunehmende, basis- und kampforientierte zielgerichtete Initiative sein, auf die nicht nur die Gewerkschaftslinken, sondern auch die breite Masse der Gewerkschaftsbasis setzen kann, um Gegenwehr gegen die Angriffe des Kapitals auf die tariflichen, gewerkschaftlichen und sozialen Errungenschaften der Werktätigen zu organisieren.

In vielen Betrieben und Gewerkschaften gibt es Kollegen und Kolleginnen, die sich für die gewerkschaftliche Organisierung, für menschenwürdige Arbeitsbedingungen, für kämpferische Auseinandersetzungen, für demokratische Gewerkschaftsstrukturen einsetzen. Diese KollegInnen sind aber nicht vernetzt und wissen nichts voneinander. Sie schaffen es deshalb oft nicht, ihre Ziele durchzusetzen, weil die Kämpfe einzeln geführt werden.

Ziel der Gewerkschaftslinken ist, diese kämpferischen, engagierten, aktiven, aber zersplitterten KollegInnen zusammen zu bringen, sie in die Forumsarbeit der Gewerkschaftslinken vor Ort einzubinden bzw. neue Foren aufzubauen, um gemeinsame Verabredungen zu treffen. Bundesweit gilt es, diese örtlichen Foren zu vernetzen, gemeinsame Ziele festzulegen, gemeinsame Kampagnen zu organisieren, um dadurch gemeinsam stärkere, kontinuierliche und erfolgreiche Arbeit auf einer gemeinsamen Plattform zu entwickeln.

Dieses Netzwerk versteht sich nicht als Konkurrenz zu den Gewerkschaften. Die Gewerkschaften sind trotz ihrer Schwäche und Fehler die einzigen Massenorganisationen der Beschäftigten und die erste Adresse für Millionen von Beschäftigten, um sich gegen Angriffe der Arbeitgeber zu wehren. Aber die Politik in den Gewerkschaften ist geprägt vom Comanagement und Zugeständnissen an die Kapitalseite. Und dieser Politik will die Gewerkschaftslinken eine Alternative entgegensetzen.

Dieses Netzwerk soll die Selbstorganisierung der Belegschaften stärken, soll die politische und gewerkschaftliche Emanzipation der arbeitenden Menschen ermöglichen.

Die Gewerkschaftslinken wendet sich aktiv gegen alle Bestrebungen, gewerkschaftliche Aktivitäten den Interessen und Zielen des Kapitals unterzuordnen. Stattdessen will sie dazu beitragen, über die Grenzen des kapitalistischen Systems hinaus zu denken und Alternativen zu entwickeln.

Vor Ort vernetzen Foren die Arbeit der Gewerkschaftslinken. Durch Veranstaltungen und Forumstreffe wird versucht, die Ziele der Gewerkschaftslinken weiterzuverbreiten, zu verankern und die aktiven Gewerkschafter vor Ort zu vernetzen.

Für Kontinuität sorgen ein bundesweiter Arbeitsausschuss, der Vierteljährlich tagt, und das Sekretariat. Ca. alle 2 Monate erscheint ein Netzwerkinfo, das über betriebliche, gewerkschaftliche, soziale und politische Kämpfe berichtet, auch in anderen Ländern, und zu gewerkschaftlichen, sozialen und politischen Fragen Stellung bezieht, sowie Vorschläge für gemeinsames Vorgehen entwickelt. Ein bis zwei Mal im Jahr finden bundesweite Kongresse statt, die die Foren und aktiven kämpferischen GewerkschafterInnen bundesweit vernetzen und gemeinsame Positionen und Aktionen festlegen soll.

Wer Interesse an Mitarbeit in den bestehenden Foren hat oder Unterstützung beim Aufbau von neuen Foren haben möchte, kann sich an Hans Kroha (HKroha@t-online.de) oder Christa Hourani (christa.hourani@t-online.de) wenden.

Weitere Infos unter:

www.labournet.de/GewLinke

Treffpunkt für Ungehorsame, mit und ohne Job, basisnah, gesellschaftskritisch

